

Landgericht München I

Az.: 20 T 602/14
1504 M 15117/13 AG München



In Sachen

[REDACTED]

- Gläubigerin und Beschwerdeführerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte [REDACTED]

gegen

[REDACTED]

- Schuldnerin und Beschwerdegegnerin - am Beschwerdeverfahren nicht beteiligt.

wegen Zwangsvollstreckung
hier: Zwangsvollstreckung

erlässt das Landgericht München I - 20. Zivilkammer - durch die Vorsitzende Richterinnen am Landgericht Liesegang, den Richter am Landgericht Mickat und die Richterinnen am Landgericht Dr. Grau am 04.02.2014 folgenden

Beschluss

1. Auf die sofortige Beschwerde der Gläubigerin vom 07.01.2014 wird der Beschluss des Amtsgerichts München vom 19.12.2013 (Az: 1504 M 15117/13) aufgehoben. Die zuständige Gerichtsvollzieherin wird angewiesen, die Erledigung des Vollstreckungsauftrages vom 21.10.2013 nicht aus Gründen des § 903 ZPO a.F. (Sperrfrist von drei Jahren) abzulehnen.
2. Kosten des Beschwerdeverfahrens werden nicht erhoben.

3. Der Beschwerdewert wird auf 4.061,85 € festgesetzt.

Gründe:

I.

Die Beschwerdeführerin und Gläubigerin beehrte am 21.10.2013 von der Gerichtsvollzieherin, dass dieser der Schuldnerin die Vermögensauskunft nach § 802 c ZPO abnehme.

Der Gläubigerin steht ein rechtskräftiger Vollstreckungsbescheid des Amtsgerichts Wedding vom 10.3.2009 mit einer Forderung in Höhe von 4.061,85 € zu. Da die Schuldnerin die eidesstattliche Versicherung zuletzt am 17.10.2011 geleistet hatte, lehnte die zuständige Gerichtsvollzieherin die Abnahme ab.

Gegen die Ablehnung der Gerichtsvollzieherin legte die Gläubigerin mit Schreiben vom 03.12.2013 Erinnerung gemäß § 766 ZPO ein. Das Amtsgericht München wies mit Beschluss vom 19.12.2013 die Erinnerung zurück.

Hierbei berief sich das Amtsgericht darauf, dass die dreijährige Verjährungsfrist des § 903 ZPO a.F. gelte, wofür der Vertrauensschutz für die Schuldner und der Gesetzesentwurf spräche.

Gegen diesen Beschluss des Amtsgerichts München vom 19.12.2013, Az.: 1504 M15117/13, legte die Gläubigerin sofortige Beschwerde mit Schriftsatz vom 07.01.2014 ein und beantragte, die Gerichtsvollzieherin anzuweisen, den Antrag der Gläubigerin auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung nicht mit der Begründung abzulehnen, für den Antrag gelte die 3-jährige Sperrfrist.

Das Amtsgericht half der Beschwerde nicht ab und legte sie dem Landgericht als Beschwerdegericht vor. Die zuständige Einzelrichterin übertrug das Verfahren mit Beschluss vom 30.01.2014 auf die Kammer.

II.

Die sofortige Beschwerde ist gemäß den §§ 793, 567 Abs. 1 Nr. 1, 569 ZPO zulässig.

Das Rechtsmittel hat auch in der Sache Erfolg.

Der Gerichtsvollzieher holt nach § 802 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ZPO die Vermögensauskunft nach § 802 c ZPO ein. Dem steht die dreijährige Sperrfrist des § 903 ZPO alter Fassung nicht entgegen. Maßgeblich ist die zweijährige Sperrfrist des § 802 d Abs. 1 Satz 1 ZPO.

Zwar wird nachvollziehbar vertreten, dass es auf die zweijährige Sperrfrist des § 802 d Abs. 1 Satz 1 ZPO nicht ankomme, wenn die eidesstattliche Versicherung nach altem Recht abgegeben wurde.

Die Kammer hat sich jedoch im Ergebnis der Vielzahl von Entscheidungen angeschlossen, die für die Berechnung der Sperrfrist allein § 802 d ZPO als maßgeblich ansehen und § 903 ZPO a.F. für nicht mehr anwendbar erachten (vgl. Amtsgericht Bad Segeberg vom 25.06.2013, Az.: 6 M 430/13, LG München II vom 13.09.2013, Az.: 6 T 3909/13, LG Köln vom 10.09.2013, Az.: 39 T 121/13 m.w.N.). Sinn und Zweck der kürzeren Sperrfrist ist die Anpassung der Vollstreckungsregeln an die modernen und schnell wechselnden Lebensumstände, so dass eine Anwendung der verkürzten Sperrfrist auf die aktuellen Vollstreckungen angebracht ist.

Hierfür spricht auch der Wortlaut der Übergangsvorschrift des § 39 Nr. 4 Satz 1 EG ZPO. Danach steht eine nach altem Recht abgegebene eidesstattliche Versicherung einer nach neuem Recht abgegebenen Vermögensauskunft in ihrer Wertigkeit gleich. Dies hat zur Folge, dass der Begriff der Vermögensauskunft nach neuem Recht auch die frühere eidesstattliche Versicherung umfasst. Eine weitere Gleichstellung des Begriffs der Vermögensauskunft mit dem Begriff der eidesstattlichen Versicherung, d.h. eine Gleichstellung aller ihrer Voraussetzungen und Hindernisse, wird durch diese Übergangsvorschrift jedoch nicht bestimmt.

Der Gesetzentwurf des Bundesrates, der in dem vorgeschlagenen § 802 d Abs. 1 S. 1

ZPO noch eine Sperrfrist von 3 Jahren vorsah, hat sich eben nicht durchgesetzt und erlangte diesbezüglich keine Gesetzeskraft.

Auch aus verfassungsrechtlichen Gründen kann die Schuldnerin sich nicht auf die alte Sperrfrist berufen. In der Verkürzung der dreijährigen Sperrfrist auf zwei Jahre liegt eine sogenannte unechte Rückwirkung, weil ein Tatbestand geregelt wird, der zwar vor Gesetzesverkündung begonnen hat, der Lauf der Sperrfrist, aber noch nicht vollständig abgeschlossen war. Eine unechte Rückwirkung ist in der Regel zulässig; zumal sich hier die Sperrfrist selbst nach alter Regelung bei Veränderung der Vermögensverhältnisse verkürzen konnte.

Ein schützenswerter Vertrauenstatbestand für die Schuldnerin für die nun statt der eidesstattlichen Versicherung abzugebene Vermögensauskunft besteht insofern daher nicht.

Ergänzend wird auf die Begründungen in den zitierten Entscheidungen und auf die Beschwerdeschrift vom 7.1.2014 Bezug genommen.

III.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens waren gemäß § 21 GKG nicht zu erheben. Das einseitig geführte Erinnerungs- und Beschwerdeverfahren kann nur insoweit zu Lasten der Schuldnerin geführt werden, als diese Kosten unter den Voraussetzungen des § 788 ZPO beigetrieben werden können.

Der Streitwert wurde anhand der beizutreibenden Forderung festgesetzt, § 3 ZPO.

IV.

Die Rechtsbeschwerde wird zugelassen, da die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat, § 568 Abs. 2 ZPO.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann Rechtsbeschwerde eingelegt werden, soweit sie mit dieser Entscheidung zugelassen worden ist.

Im Übrigen ist die Rechtsbeschwerde nur zulässig, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs erfordert.

Die Rechtsbeschwerde ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

Bundesgerichtshof Karlsruhe
Herrenstraße 45a
76133 Karlsruhe

einulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung.

Die Rechtsbeschwerde wird durch Einreichen einer Rechtsbeschwerdeschrift eingelegt.

Die Rechtsbeschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Rechtsbeschwerde eingelegt werde.

Die Beteiligten müssen sich durch eine bei dem Bundesgerichtshof zugelassene Rechtsanwältin oder einen dort zugelassenen Rechtsanwalt vertreten lassen.

Die Rechtsbeschwerde ist zudem binnen einer Frist von **einem Monat** zu begründen. Die Frist beginnt ebenfalls mit der Zustellung der angefochtenen Entscheidung.

gez.

Liesegang
Vorsitzende Richterin
am Landgericht

Mickat
Richter
am Landgericht

Dr. Grau
Richterin
am Landgericht



Für den Gleichlaut der Ausfertigung mit
der Urschrift

München, 06.02.2014

Waßmann, Jang
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle